Jens Gieseke

Doktoren der Tschekistik

Die Promovenden der "Juristischen Hochschule" des MfS

BF informiert 6/1994

Inhalt

1. Einleitung

Die Akademisierung der Kaderausbildung gehört zu den Schlüsselprozessen der Strukturgeschichte des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Unter den "Männern der ersten Stunde" der Geheimpolizei waren Akademiker die Ausnahme[1], noch 1962 verfügten nur knapp zwei Prozent der MfS-Mitarbeiter über eine Hochschulausbildung[2]. Mit der Rekrutierung von Absolventen ziviler und militärischer Hochschulen der DDR für den Dienst im MfS, vor allem mit dem Ausbau der MfS-eigenen Schule in Potsdam-Eiche zur "Juristischen Hochschule" (JHS) als Ausbildungsort für Leitungskader sowie diverser anderer Schulen, steigerte das MfS das formale Ausbildungsniveau seiner Kader im Laufe der Zeit nachhaltig[3].

Die Etappen dieses Ausbaus sind anhand weniger Stationen zu markieren[4]. Sie reichen von der Gründung der Schule 1951 über die interne Aufwertung zur Hochschule im Jahre 1955 und die Eröffnung von Dreijahreslehrgängen 1961 bis zur offiziellen Verleihung des Status einer Juristischen Hochschule durch das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen 1965 und schließlich der formellen Zuerkennung des Promotionsrechtes A 1968. Die akademischen Würden wurden dabei in der Regel erst im nachhinein zuerkannt, obwohl intern bereits längere Zeit die Bezeichnung "Hochschule" verwendet bzw. ab 1966 Promotionsverfahren A und ab 1968 Habilitationen bzw. Promotionsverfahren B durchgeführt wurden[5].

Derzeit liegen wenige Quelleninformationen über die Hintergründe des forcierten Ausbaus der MfS-Hochschule in den sechziger Jahren vor. Die Hebung des Ausbildungsniveaus der Mitarbeiter war schon seit Gründung des Ministeriums immer wieder intern gefordert worden, aber offenkundig gewann das MfS erst nach dem Mauerbau 1961 den Spielraum, um im größeren Stil Mitarbeiter von der operativen Feindbekämpfung freizustellen und den Ausbau der Kaderausbildung voranzutreiben. Die sechziger Jahre standen im MfS, wie in der DDR-Gesellschaft, im Zeichen einer "Bildungsoffensive". Die Ausgangslage war bei der Staatssicherheit insofern eine besondere, als dort in den fünfziger Jahren kein Rückgriff auf das traditionelle akademische Milieu zur Ingangsetzung des Ausbildungsbetriebes erfolgte, son-

---

[1] Vgl. die Biographien führender MfS-Offiziere in: Bernd-Rainer Barth, Christoph Links, Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs (Hrsg.): DDR: Wer war wer? Ein elektronisches Lexikon unter Windows; Berlin 1994 (i. E.).

[2] Vgl. die Zahlen in: Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, BF informiert 1/1994; hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), Abteilung Bildung und Forschung (künftig: Abt. BF), S. 16; auch in: Deutschland Archiv 9/1994, S. 940-953.

[3] Vgl. Bestimmungen des Ministers über die Arbeit mit den Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit vom 1.5.1969, BStU, Zentralarchiv (künftig: ZA), Dokumentenstelle (künftig: DSt) 102241, Punkt 5.4.2.

[4] Zur Juristischen Hochschule (künftig: JHS) vgl. die Vorbemerkung in: Günter Förster: Die Dissertationen an der "Juristischen Hochschule" des MfS. Eine annotierte Bibliographie; hrsg. vom BStU, Abt. BF, Reihe A: Nr. 2/94, zum Forschungsstand dort Anm. 1.

[5] Die von 1955 bis 1965 intern übliche Bezeichnung als "Hochschule" wurde auch in den von der JHS erstellten Materialien zur Traditionsarbeit nicht erwähnt. Vgl. Entwurf - Daten und Fakten zur Entwicklung der Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit Dezember 1984; BStU, ZA, MfS JHS 23092.

dern auf die Qualifizierung von politisch als zuverlässig eingeschätzten SED-Kadern gesetzt wurde[6]. In seiner Festrede anläßlich der Verleihung des Status einer Juristischen Hochschule 1965 bilanzierte der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, diese Bemühungen:

> "Bei Eröffnung der Schule besaßen nur wenige Lehrkräfte eine abgeschlossene Hochschulausbildung. [...] In den vergangenen Jahren haben 56 Prozent des Lehrkörpers ein Hochschulstudium absolviert. Die übrigen Lehrer studieren gegenwärtig an verschiedenen Universitäten und Hochschulen und legen im wesentlichen noch in diesem Jahr ihre Examen ab. [...] Die nächste Etappe der Qualifizierung sieht vor, daß sich ein bedeutender Teil des Lehrkörpers auf die Promotion vorbereitet. Bis zum nächsten Jahr soll ein Drittel der Lehrer den akademischen Grad eines Doktors erworben haben."[7]

Anläßlich der Feier der JHS zu Walter Ulbrichts 75. Geburtstag wurde der JHS offiziell das Promotionsrecht verliehen. In seinem Redeentwurf umriß Mielke die künftigen Aufgaben der Hochschule als "Bildungszentrale unseres Ministeriums":

> "Sie tritt damit [mit der Verleihung des Promotionsrechtes, J.G.] in eine neue Etappe ihrer Entwicklung ein, in der sie unter Beweis stellen muß, daß sie den höheren Anforderungen an die Erziehung, Lehre und Forschung gerecht wird; daß sie es versteht, das wissenschaftliche Niveau der Erziehung und Ausbildung der Kader kontinuierlich zu erhöhen."[8]

Auf eine nähere inhaltliche Charakterisierung dieser Bemühungen zur Hebung des wissenschaftlichen Niveaus, etwa im Vergleich zu anderen DDR-Hochschulen, wird hier verzichtet. Schon aus der Tatsache, daß die gesamte Arbeit der Hochschule den Geheimhaltungsregeln des Ministeriums für Staatssicherheit unterworfen war, ergibt sich eine strukturelle Differenz zu Grundprinzipien wissenschaftlicher Arbeit wie der Öffentlichkeit und Überprüfbarkeit von Forschungsverfahren und Ergebnissen[9]. Daß es in der Juristischen Hochschule auch nur punktuell so etwas wie wissenschaftliche Autonomie gegeben hätte, wurde und wird von niemandem reklamiert[10]. Es handelte sich vielmehr um eine geheimdienstliche Offiziersausbildungsstätte unter politischer Anleitung der monopolsozialistischen Einheitspartei, deren

---

[6] Zur Bedeutung traditioneller Milieus für Resistenz gegen die SED-Herrschaft vgl.: Christoph Kleßmann: Die Beharrungskraft traditioneller Milieus in der DDR, in: Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, hrsg. von Manfred Hettling u. a., München 1991, S. 146-154; zur Transformation der Hochschullehrerschaft: Ralph Jessen: Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, in: Hartmut Kaelble u. a. (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 217-253.

[7] Referat [Mielkes] zur Festveranstaltung anläßlich der Verleihung des Status einer Hochschule für die juristische Ausbildung in Potsdam-Eiche - am 29.6.1965; BStU, ZA, ZAIG 4706, Bl. 6-7.

[8] Rede [Mielkes] auf der Festveranstaltung der Juristischen Hochschule des MfS anläßlich des 75. Geburtstages Walter Ulbrichts (verbunden mit der Verleihung des Promotionsrechts) - Entwurf - vom 21.6.1968; BStU, ZA, ZAIG 4720, Bl. 32.

[9] Vgl. Wilhelm Bleek, Lothar Mertens: DDR-Dissertationen. Promotionspraxis und Geheimhaltung von Doktorarbeiten im SED-Staat, Opladen 1994, S. 25-84.

[10] Vgl. den Beitrag des ehemaligen JHS-Promovenden und Lehrstuhlleiters Dietrich Fischer: Die "Juristische Hochschule Potsdam". "Kaderschmiede" des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, in: Deutschland Archiv 12/1990, S. 1891-1894.

"wissenschaftlicher" Charakter bestenfalls in Länge und theoretischer Intensität der Ausbildung zum Ausdruck gekommen sein mag. Dies schließt freilich nicht aus, daß an der Juristischen Hochschule Forschungsarbeiten entstanden sind, die den üblichen wissenschaftlichen Standards der DDR entsprachen[11].

Die Promotion war - im Gegensatz zum Erwerb des Diploms der Hochschule - nie Standardelement der Ausbildung von leitenden Kadern, sondern blieb einem, gemessen an den Mitarbeiterzahlen des Ministeriums, kleinen Kreis vorbehalten. Ergänzend zu dem bereits als annotierte Bibliographie vorliegenden Promotionsverzeichnis der JHS soll hier die personelle Zusammensetzung der JHS-Promovenden untersucht werden[12]. Damit ist es möglich, die Rolle und Stellung eines zwar speziellen, aber doch zentralen Teils der MfS-Führungselite zu beleuchten und damit das Bild von der Akademisierung im Staats- und Parteiapparat der DDR zu ergänzen[13].

Die statistischen Daten basieren auf der Auswertung der Personalakten[14] bzw. Zentralkarteikarten der Promovenden sowie den Angaben des Promotionsverzeichnisses der Juristischen Hochschule. Es wurden biographische Informationen von 400 der insgesamt 409 Promovenden herangezogen:

---

[11] Vgl. beispielsweise die historiographischen Arbeiten zum Geheimapparat der KPD von Oberst Walther, Major Reisener, Oberst Stolze, Major Schwips, Oberleutnant Riccius: Zu den Erfahrungen der KPD bei der Erkundung, Entlarvung und Abwehr der geheimen Pläne, Absichten und Machenschaften des Feindes - ihre Untersuchung als ein Beitrag für die Erhöhung der Wirksamkeit der klassenmässigen tschekistischen Erziehung und Befähigung der Mitarbeiter zur Erfüllung der politisch-operativen Aufgaben des MfS, Kap. 1 und 2 (1919-23): BStU, ZA, JHS 220082, JHS 21917; Kap. 3 und 4 (1923-33): JHS 22057; Kap. 5 (1933-39): JHS 22063. Die Arbeiten sind von einem Teil der Autoren gemeinsam mit dem früheren Leiter der HVA-Schule in überarbeiteter Form mittlerweile als Buch veröffentlicht worden: Bernd Kaufmann u. a.: Der Nachrichtendienst der KPD 1919-37, Berlin 1993.

[12] Siehe Förster: Dissertationen; außerdem: Doktorarbeiten im Auftrag der Stasi, in: Deutschland Archiv 12/1993, S. 1439-1459; Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen/Bibliography of Secret Dissertations in the German Democratic Republic, hrsg. und eingeleitet von Wilhelm Bleek und Lothar Mertens, München 1994. Bei der Analyse von Promovenden-Biographien kann auf umfangreiche Erfahrungen aufgebaut werden. Besonders hervorzuheben ist hier das an der Ruhr-Universität Bochum durchgeführte Projekt zur promovierten Intelligenz der DDR und der Bundesrepublik, das auf der Untersuchung der in den Promotionsschriften enthaltenen Lebensläufe basiert. Vgl.: Hannelore Belitz-Demiriz/Dieter Voigt: Die Sozialstruktur der promovierten Intelligenz in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1982. Der Einfluß der politischen Systeme auf die unterschiedliche Entwicklung in den beiden deutschen Staaten, 2 Bde., Bochum 1990 (Beiträge zur Deutschlandforschung, Bd. 7). Lothar Mertens und Wilhelm Bleek haben mittlerweile ergänzende Daten über die Verfasser von geheimen Dissertationen zusammengetragen, konnten aber die Doktoranden der JHS noch nicht einbeziehen, vgl. Bleek/Mertens: DDR-Dissertationen, S. 100-200.

[13] Stellvertretend für die umfangreiche Literatur seien hier genannt: Peter Christian Ludz: Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, 2. Aufl. 1968; Gerd Meyer: Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Tübingen 1991 (Tübinger Mittel- und Osteuropastudien-Politik, Gesellschaft, Kultur, Bd. 3).

[14] Die Verwendung des Begriffes "Personalakte" ist kein Ausdruck von westlichem Sprachkolonialismus, sondern die formal korrekte Bezeichnung der Kaderakte. Die Zentralkarteikarten werden beim BStU unter dem Begriff "Kaderkarteikarte" (KKK) geführt. Vgl. Hauptabteilung Kader und Schulung (künftig: HA KuSch), Ordnung über die Arbeit mit den Personalakten der Angehörigen und der Zivilbeschäftigten des Ministeriums für Staatssicherheit - Personalaktenordnung - vom 1.4.1969; BStU, ZA, DSt 101328.

313 Absolventen der Promotion A,
25 Absolventen der Habilitation bzw. Promotion B und
62 MfS-Mitarbeiter, die sowohl die A- als auch die B-Promotion absolvierten[15].

Unberücksichtigt blieben alle JHS-Promovenden, die nicht hauptamtliche Mitarbeiter des MfS waren sowie die MfS-Offiziere, deren Anteile an den Forschungsarbeiten mit Diplomen, staatlichen Auszeichnungen oder auf andere Weise honoriert wurden[16].

Unter den 400 Promovenden befinden sich 6, zu denen, außer den Angaben des Promotionsverzeichnisses, keine Daten ermittelt werden konnten. Bei weiteren 96 Promovenden standen nur sogenannte Zentralkarteikarten zur Verfügung[17]. Zu allen anderen Promovenden konnten die Personalakten, in einigen Fällen ersatzweise Disziplinarakten sowie Dossiers[18] zur Datenerhebung genutzt werden.

Generell kann hinsichtlich der in den Personalakten enthaltenen Tatsachenfeststellungen ein hohes Maß an Genauigkeit angenommen werden[19]. Diese enthalten Materialien unterschiedlicher Art und Provenienz (Ermittlungsberichte über den Mitarbeiter und seine Verwandtschaft, vom Werbungskandidaten verfaßter Lebenslauf und Einstellungsfragebogen, Zeugnisse, Beurteilungen u. a.); etwaige Widersprüche wurden von den Kaderorganen der Staatssicherheit gegebenenfalls überprüft (und diese Überprüfung ist in der Regel wiederum in den Akten dokumentiert).

Im Vergleich zu anderen Quellen versprechen die Kaderakten - die Beachtung üblicher Regeln der Quellenkritik vorausgesetzt - in dieser Hinsicht ein relativ hohes Maß an Validität. Problematisch ist hingegen die hier interessierende statistische Kategorisierung der konkreten Informationen durch die Kaderverwaltung des MfS. Es ist davon auszugehen, daß die Einstufung und statistische Erfassung der sozialen Herkunft stark von den normativen Vorstellungen der Partei- und Ministeriumsführung beeinflußt waren. Dieser Sachverhalt soll anhand eines Vergleiches der MfS-Einstufung zur "sozialen Herkunft", wie sie bei jedem Mitarbeiter vorgenommen wurde, mit den in den Akten enthaltenen Informationen zur beruflichen Tätigkeit des Vaters näher untersucht werden.

Schließlich ein Wort vorab zu einem Aspekt, der bei einer Analyse der Zusammensetzung der Promovenden nicht außer Betracht bleiben kann: die Geschlechterverteilung. Sie ist schnell beschrieben, denn unter den 400 Promovenden gab nur vier Frauen, davon waren zwei Mitar-

---

15 Zum Unterschied von Promotion B und Habilitation vgl. Jessen: Professoren, S. 200 und Bleek/Mertens: DDR-Dissertationen, S. 70-80.

16 Näheres hierzu siehe: Förster: Dissertationen.

17 Es handelt sich hierbei vor allem um Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), deren sonstige Personalunterlagen sich nicht im Bestand des BStU befinden.

18 Diese Dossiers waren beim Leiter der jeweiligen Diensteinheit des MfS-Mitarbeiter geführte Extrakte der Personalakte.

19 Zum Quellenwert der MfS-Akten allgemein vgl.: Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, hrsg. vom BStU, Abt. BF, BF informiert 3/1994, Berlin 1994.

beiterinnen der Juristischen Hochschule. Der Frauenanteil liegt somit bei einem Prozent, einem Wert weit unter dem Durchschnitt von ca. 16 (1962) bis 19 (1986) Prozent für das gesamte MfS[20]. Selbst unter den "oberen Zweitausend" des MfS findet sich mit 2,3 Prozent ein höherer Frauenanteil[21].

2. Zur Stellung und Funktion der Promovenden im Ministerium für Staatssicherheit

Zunächst ein Blick auf die Diensteinheiten der Promovenden. Es lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: Offiziere, die im Schulungsbetrieb des Ministeriums beschäftigt waren, also insbesondere Angehörige des Lehr- und Forschungspersonals der Juristischen Hochschule und der Schule der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), ihre Anzahl betrug 187 (46,7 Prozent). Besonders in den späten achtziger Jahren finden sich unter den A- und B-Promovenden eine Reihe von Mitarbeitern der HVA-Schule, insgesamt waren es 16. Die anderen Promovenden stammten aus anderen Diensteinheiten des Ministeriums[22]. Die Verteilung war breit gestreut, Angehörige von 42 verschiedenen Diensteinheiten waren vertreten.

Tabelle 1: Diensteinheiten der Promovenden zum Zeitpunkt der Promotion A (Auswahl)

JHS und Schule der HVA	187
HA IX	30
HV A	18
HA XVIII	17
ZAIG[23]	13
HA VI	11
BV/KD zusammen	46

Die Schwerpunkte lagen, wie Tabelle 1 zeigt, im Bereich des Untersuchungsorgans des MfS (HA IX), der Auslandsspionage (HV A), der Überwachung der Volkswirtschaft (HA XVIII) sowie in dem Bereich der Grenzkontrollen und der Überwachung des Tourismus (HA VI). Außerdem kamen aus der ZAIG, dem "Gehirn" der Staatssicherheit, in dem die gesammelten Informationen zusammengetragen und ausgewertet wurden, eine große Zahl von Promovenden. Die territorialen Gliederungen des MfS spielten hingegen eine untergeordnete Rolle, 45 Promovenden kamen aus den Bezirksverwaltungen, nur einer aus einer Kreisdienststelle.

Überraschend ist der geringe Stellenwert der Hauptabteilung XX, die gemeinhin als "Kernstück des nach innen gerichteten Repressionsapparates", wenn nicht gar der Staatssi-

---

[20] Vgl. Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 15.
[21] Vgl. "Die oberen Zweitausend auf den Gehaltslisten der Stasi", in: Die Andere - Beilage, 12/91.
[22] Vgl. Förster: Dissertationen.
[23] Mit Abt. Agitation.

cherheit insgesamt, gewertet wird[24]. Nur ein einziger Promovend kam aus dieser Diensteinheit. Auch wenn ein Blick in das Promotionsverzeichnis zeigt, daß Themen aus den Aufgabengebieten der Hauptabteilung XX (Bekämpfung der "Untergrundtätigkeit", Sicherung des Staatsapparates sowie der Parteien und Massenorganisationen, Bearbeitung der Kirchen) in den Promotionen durchaus behandelt wurden, spielten sie im Verhältnis zu denen anderer "Fach"abteilungen des MfS nur eine untergeordnete Rolle - ein Sachverhalt, der einer näheren Untersuchung bedürfte.

Der Anteil der Promovenden, die direkt zum Personal der Juristischen Hochschule zählten, variierte im Zeitverlauf. In der Frühphase der Promotionstätigkeit (1966-69) wurden 13 von 20 Promotionen von JHS-Mitarbeitern bestritten. Dieser hohe Anteil ist, wie die eingangs zitierte Mielke-Äußerung belegt, der noch andauernden zweiten Ausbauphase der JHS zur akademischen Einrichtung geschuldet. Zahlreiche MfS-Offiziere, die bereits im Lehrbetrieb der JHS tätig waren, mußten selbst erst die mit dem Hochschulstatus verknüpften üblichen akademischen Grade erwerben.

In den siebziger Jahren verschob sich das Verhältnis bei den A-Promotionen zugunsten anderer Diensteinheiten. Im Zeitraum von 1970 bis 1974 kamen nur noch 34,4 Prozent, von 1975 bis 1979 sogar nur noch 31,0 Prozent der Promovenden aus der JHS. Die Verknüpfung der praktischen, operativen Arbeit mit den JHS-Forschungen wurde offenbar vorangetrieben. In den achtziger Jahren stieg der JHS-eigene Anteil dann wieder leicht auf 45,2 Prozent (1980-84) bzw. 41,1 Prozent (1985-89). Die B-Promovenden gehörten fast ausschließlich zum Personal der JHS und der HVA-Schule.

Ein deutlicher Unterschied zu den Promovenden anderer Hochschulen der DDR zeigt sich bei der Betrachtung der Altersstrukturen. Das Durchschnittsalter unter den ersten A-Promovenden lag bei 38,7 Jahren (1966-69), stieg auf den Spitzenwert von 43,8 Jahren in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und sank dann wieder auf 42,6 Jahre für die Jahre 1985 bis 1989. Es lag damit weit über den in der DDR sonst üblichen Durchschnittswerten (36,8 Jahre bei Männern, 32,5 Jahre bei Frauen[25]). Der jüngste A-Promovend war zum Zeitpunkt der Verteidigung 29 Jahre, der älteste 58 Jahre alt. Bei den B-Promovenden war die Differenz geringer: das Durchschnittsalter betrug 44,7 Jahre (DDR/Männer: 43,9, DDR/Frauen: 42,3), der jüngste B-Promovend war 33 Jahre alt, der älteste 57.

---

[24] Vgl. hierzu Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, in: Kaeble u.a. (Hrsg.): Sozialgeschichte, S. 498-518, hier S. 500.

[25] Bleek/Mertens: DDR-Dissertationen, S. 184.

Tabelle 2: Dienstgrad zum Zeitpunkt der Promotion A (absolut)[26]

Dienstgrad	1966-69	1970-74	1975-79	1980-84	1985-89	gesamt
Generalmajor		2	3			5
Oberst	1	10	14	13	11	49
Oberstleutnant	13	19	45	34	39	150
Major	5	18	16	25	39	103
Hauptmann	1	10	9	20	17	57
Oberleutnant				3	6	9

Nimmt man die Dienstgradverteilung hinzu, so wird deutlich, daß unter den A-Promovenden vor allem Offiziere in mittleren bis höheren Leitungspositionen zu finden waren. Die größte Gruppe stellten die Oberstleutnants mit 150 Promovenden, gefolgt von den Majoren (103) sowie den Hauptleuten (57) und den Obersten (49). Die genannten Dienstgrade waren in allen Jahrfünft-Kohorten vertreten, allerdings verschoben sich die Gewichte: bis 1975/79 tendierte die Verteilung zu den höheren Dienstgraden, danach wieder zu den niedrigeren. Besonders signifikant ist diese Entwicklung bei den Dienstgraden Generalmajor und Oberleutnant zu erkennen. Während in den siebziger Jahren fünf Generalmajore promovierten, darunter zwei Leiter von Bezirksverwaltungen und zwei Hauptabteilungsleiter[27], gab es in den achtziger Jahren keinen General unter den A-Promovenden. Dafür wurde die Promotionsmöglichkeit nun auch nach unten für Offiziere im Rang eines Oberleutnants geöffnet (1980-84: 3; 1985-89: 6, allesamt Mitarbeiter der JHS).

Von den 1989 im Dienst befindlichen 60 Leitern der zentralen Diensteinheiten und Bezirksverwaltungen des MfS waren 25 Doktoren der JHS[28]. 1980 wurde mit Gerhard Neiber erstmals ein Promovierter zum Stellvertretenden Minister ernannt. Eine besondere Rolle als Karrieresprungbrett scheint die Promotion nicht gespielt zu haben. Nur etwas mehr als die Hälfte (13) stieg nach der Promotion in höhere Dienststellungen auf, die anderen zwölf hatten leitende Positionen schon vorher erreicht.

---

[26] Ohne Angabe: 2.

[27] Es handelt sich dabei um: Gerhard Neiber, Leiter der Bezirksverwaltung (künftig: BV) Frankfurt (Oder); Albert Schubert, Leiter der HA VIII; Siegfried Gehlert, Leiter der BV Karl-Marx-Stadt; Otto Geisler, Stellvertretender Leiter der Arbeitsgruppe des Ministers und Heinz Fiedler, Leiter der HA VI (Funktionen zum Zeitpunkt der Promotion).

[28] Zahlenangaben einschließlich Minister und Stellvertreter, bei der HV A nur der Leiter. Es handelt sich dabei um folgende Offiziere und Generäle: Büchner, Coburger, Dangrieß, Fiedler, Fister, Franz, Gehlert, Hähnel, Hummitzsch, Irmler, Kleine, Koch, Korth, Kratsch, Lemme, Männchen, Möller, Neiber, Niebling, Opitz, Pommer, Rataizick, Roth, Heinz Schmidt, Schwarz; vgl. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Vorläufiger Aufriß nach dem Erkenntnisstand von Juni 1993, hrsg. vom BStU, Reihe A: Nr. 2/93, Berlin 1993, S. 193-198; für nähere biographische Angaben vgl.: Barth u. a. (Hrsg.): DDR: Wer war wer?

Tabelle 3: Durchschnittsalter nach Dienstgraden zum Zeitpunkt der Promotion A

Dienstgrad	1966-69	1970-74	1975-79	1980-84	1985-89
Generalmajor		44,5	48,3		
Oberst	34,0	43,8	47,1	48,6	50,2
Oberstleutnant	40,3	41,7	44,9	45,5	47,6
Major	35,6	40,8	40,7	40,3	40,9
Hauptmann	39,0	35,7	37,1	35,7	33,8
Oberleutnant				30,7	32,0

Ein aufschlußreiches Bild ergibt sich, wenn man das Durchschnittsalter der einzelnen Dienstgrade im diachronen Verlauf betrachtet. Die aufgrund der geringen Zahl der Promovenden wenig aussagekräftige Altersstruktur der Jahre 1966 bis 1969 ist verworren, aber in den siebziger Jahren stellte sich schnell ein reguläres Altersgefüge unter den Dienstgraden her. Danach trat eine Scherenentwicklung ein. Die höheren Dienstgrade wurden im Durchschnitt immer älter, die niederen Dienstgrade immer jünger. Auch innerhalb der einzelnen Dienstgrade verbreiterte sich das Spektrum: Während etwa die Hauptleute im Jahr 1970 zwischen 38 und 42 Jahren alt waren, wurden im Jahre 1987 bei diesem Dienstgrad die oben genannten Gesamt-Extremwerte von 29 bzw. 58 Jahren erreicht. Und diese Tendenzen korrespondieren mit dem Verhältnis von JHS-internen Promovenden und anderen MfS-Offizieren: Während die JHS-Kader relativ jung waren und niedere Dienstgrade innehatten, waren unter den Promovenden aus anderen Diensteinheiten vorrangig ältere und ranghöhere MfS-Mitarbeiter vertreten. Dieser Befund ist auch deshalb interessant, weil er zeigt, daß das MfS - zumindest in dem hier beleuchteten Bereich - offensichtlich in der Lage war, die Gefahr eines Beförderungsstaus, wie er sich im ständig steigenden Durchschnittsalter in den oberen Dienstgraden äußerte, in den unteren Offiziersdienstgraden abzuwenden: Während das Alter der Majore mehr oder minder stagnierte, sank es bei den Hauptleuten deutlich. (Bei den wenigen Oberleutnants stieg der Durchschnittswert allerdings.) Bezogen auf das gesamte MfS ließe sich dieser Prozeß nur mit einer überproportionalen Ausdehnung in den entsprechenden Dienstgraden erklären.

Anhand der biographischen Daten der Promovenden läßt sich ein weiterer Aspekt näher untersuchen: die Bedeutung anderer akademischer Einrichtungen der DDR als Karrierestationen der Promovenden. Von den A-Promovenden haben 155 einen Abschluß als Diplomjurist an der JHS erworben, insgesamt 124 sind während ihrer Dienstzeit im MfS zum Studium an externe Hochschulen delegiert worden. 81 A-Promovenden haben seit der Einstellung im MfS außer der Promotion kein Studium absolviert, sie waren also in der Regel schon zuvor Hochschulabsolventen. Fünf der Promovenden, darunter zwei spätere JHS-Professoren, hatten zuvor keinerlei akademische Ausbildung durchlaufen[29].

[29] Hierin sind Doppelzählungen enthalten. Ohne Angabe: 15.

Tabelle 4: Delegierungen an externe akademische Institutionen[30]

Institution	absolut
Humboldt-Universität zu Berlin	61
Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften Potsdam[31]	15
Karl-Marx-Universität Leipzig	13
Hochschule für Ökonomie Berlin	7
Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK[32]	5
Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED	3
Friedrich-Schiller-Universität Jena	2
Militärakademie "Friedrich Engels" Dresden	2
Technische Hochschule Dresden	2
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1
Technische Hochschule Merseburg	1

Nun zur näheren Verteilung der 124 zum externen Studium delegierten späteren Promovenden. Die quantitativ bedeutendste Delegierungsstätte war die Humboldt-Universität zu Berlin, an die mit 61 Offizieren fast die Hälfte der Delegierungen erfolgte. Von diesen sind mehr als die Hälfte (33) zu Diplomkriminalisten, einem Abschluß, der nur an der Humboldt-Universität erworben werden konnte, ausgebildet worden[33]. Unter den Hochschulen folgten mit deutlichem Abstand die Universitäten Leipzig, Jena und Halle-Wittenberg, außerdem waren auch die Technischen Hochschulen in Dresden und Merseburg vertreten. Unter den nichtuniversitären Einrichtungen von Staat und Partei stand die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam an erster Stelle. Besonders in den fünfziger und sechziger Jahren, als das MfS noch nicht über ein voll entwickeltes eigenes Ausbildungssystem verfügte, qualifizierten sich hier MfS-Kader als Juristen und Staatswissenschaftler. Fachkader mit Wirtschaftskenntnissen wurden vor allem an der Hochschule für Ökonomie in Berlin ausgebildet, während das Studium an der SED-Parteihochschule "Karl Marx" und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED vorrangig der Bildung in Fragen des Marxismus-Leninismus diente. Schließlich wurde auch die NVA-Militärakademie vom MfS zur Aus- und Weiterbildung in militärischen Fragen in Anspruch genommen.

---

[30] Ohne Angabe: 12.

[31] Bis 1971: Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften "Walter Ulbricht".

[32] Bis 1976: Institut für Gesellschaftswissenschaften.

[33] Zur Kriminalistik an der Humboldt-Universität Berlin vgl. die - allerdings ausgesprochen affirmative - Darstellung: Rainer Leonhardt, Frank-Rainer Schurich: Die Kriminalistik an der Berliner Universität. Aufstieg und Ende eines Lehrfachs, Heidelberg 1994 (Kriminalistik - Wissenschaft und Praxis, Bd. 29).

Tabelle 5: Studienabschlüsse der extern Delegierten (Promovenden A)

Fach	absolut
Jurist	33
Kriminalist	33
Lehrer/Pädagoge	10
Gesellschaftswissenschaftler	9
Staatswissenschaftler	4
Journalist	3
Philosoph	3
Historiker	2
Militärwissenschaftler	2
Wirtschaftler	11
Ingenieur	4
Ingenieurökonom	3
Psychologe	5
Arzt/Mediziner	2

Die politisch-ideologische und "staatswissenschaftliche" Ausrichtung der externen Studiengänge, die bereits an der hohen Zahl der Delegierungen an Einrichtungen wie der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften, der SED-Parteihochschule und der ZK-Akademie für Gesellschaftswissenschaften deutlich wird, bestätigt sich auch bei der Betrachtung der Studienfächer. Neben den - quantitativ am stärksten vertretenen - Juristen und Kriminalisten kamen 29 Promovenden aus Studiengängen der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften. Außerdem tauchen hier die Militärakademie-Absolventen als Militärwissenschaftler wieder auf. Ein dritter Schwerpunkt lag im Bereich der Ökonomie. Die fünf Psychologen weisen auf einen wichtigen Schwerpunkt der JHS-Arbeit, die sogenannte "operative Psychologie", hin. Schließlich erwarben auch zwei Mediziner des Zentralen Medizinischen Dienstes des MfS an der JHS noch den rechtswissenschaftlichen Doktortitel.

Zusammen mit den Promovenden, die bereits vor ihrer Einstellung in das MfS eine Hochschulausbildung absolvierten (siehe S. 17, Kapitel 4), hatte mehr als die Hälfte der Promovenden an einer externen Einrichtung studiert. Hier zeigt sich, daß das MfS in seiner Kaderarbeit, durch Werbung von Hochschulkadern und Delegierung eigener Offiziere, eine enge Verbindung vor allem mit den einschlägigen gesellschafts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten und Sektionen der zivilen Hochschulen pflegte[34].

[34] Vgl. Richtlinie der HA KuSch über die Werbung von Kadern auf Perspektive zur Schaffung einer operativen Kaderreserve vom 4.6.1959, BStU, ZA, DSt 101116; Dienstanweisung 1/73, Werbung von neuen Kadern auf Perspektive, BStU, ZA, DSt 101088.

Tabelle 6: Hochschulabschlüsse vor Promotion A (nach Promotionsjahr/gesamt)[35]

Abschluß	1966-69	1970-74	1975-79	1980-84	1985-89	gesamt
keiner	0	1	3	1	1	6
extern[36]	16	35	35	48	66	200
Diplomjurist JHS	2	20	37	37	32	128
extern und JHS	1	3	10	8	11	33
gesamt	19	59	85	94	110	367
extern-Anteil in Prozent	84,2	59,3	41,2	51,1	60,0	54,5

Ihren größten Stellenwert hatte diese Nutzung externer Ausbildungsmöglichkeiten in den sechziger Jahren, als sich das Schulungssystem des MfS noch im Aufbau befand. Auch später stieg die absolute Zahl der extern ausgebildeten Promovenden - und nach einem Tiefpunkt in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wuchs auch der relative Anteil wieder (siehe Tabelle 6).

3. "Soziale Herkunft" - zur sozialstatistischen Praxis des Ministeriums für Staatssicherheit

Die sozialhistorische Forschung ist, wenn auch heute in gewissem Maße eigene retrospektive Erhebungen möglich sind, weitgehend auf das überlieferte statistische Material der DDR angewiesen. Dieses Material ist durch die spezifischen Kategorisierungen der marxistisch-leninistischen Soziologie determiniert, die wiederum primär von den sozialen Zielprojektionen der SED beeinflußt waren[37]. Dies betraf sowohl die Frage, welche Kategorien überhaupt gebildet wurden, also z. B. "Arbeiter", "Bauern", als auch die Ausgestaltung der jeweiligen Definition und schließlich die praktische Einstufung der einzelnen Daten in diese Kategorien. Neben den zu DDR-Zeiten veröffentlichten Zahlen - in denen zur Zusammensetzung der Staatssicherheit keine Angaben enthalten sind - steht nach Öffnung der Archive auch unveröffentlichtes statistisches Quellenmaterial zur Verfügung. Um dieses Material für eigene Forschungsinteressen nutzbar zu machen, ist es notwendig, seine Kategorien einer genauen Betrachtung zu unterziehen. Neben der theoretischen Auseinandersetzung mit den seinerzeit üblichen Definitionen ist dabei die Untersuchung der sozialstatistischen Praxis von besonderem Interesse, also die Frage, welche Einzelinformation in welche Großkategorie einfloß und welche systematischen und diffusen Fehlerquellen dabei wirkten[38].

---

[35] Ohne Angabe: 8.

[36] Hierunter fallen sowohl für die Staatssicherheit geworbene Hochschulabsolventen als auch zum Studium delegierte MfS-Angehörige.

[37] Peter Hübner: Die Zukunft war gestern: Soziale und mentale Trends in der DDR-Industriearbeiterschaft, in: Kaeble u. a. (Hrsg.): Sozialgeschichte, S. 171-187, hier S. 171 f.

[38] Zu den Methoden dieser "indirekten" Sozialstrukturforschung vgl.: Kartharina Belwe: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, in: Werner Weidenfeld, Hartmut Zimmermann (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 275), S. 125-143, hier S. 125.

Hier sollen exemplarisch die von der MfS-Kaderverwaltung unter der Kategorie "soziale Herkunft" subsumierten Daten mit den Angaben zur konkreten beruflichen Tätigkeit des Vaters verglichen und die Aussagekraft von entsprechenden statistischen Angaben eingeschätzt werden[39].

Die "soziale Herkunft" war in der DDR eine gesellschaftlich und kaderpolitisch bedeutsame Frage, von der z. B. Entscheidungen über den beruflichen Lebensweg abhingen. Im MfS gehörte die Feststellung der "sozialen Herkunft" zu dem Katalog von Standardinformationen, die das MfS über seine Mitarbeiter zwecks weltanschaulich-politischer Einschätzung erarbeitete und für personalpolitische Entscheidungen bereithielt[40]. Verstanden wurde hierunter die Klassenzugehörigkeit des Elternhauses des betreffenden Mitarbeiters. Entsprechende Angaben sind in den Personalakten an verschiedenen Stellen zu finden, unter anderem im Ermittlungsbericht, der im Vorfeld der Anwerbung für das MfS erstellt wurde. In den meisten Akten ist die "soziale Herkunft" außerdem in einem EDV-Ausdruck der gespeicherten Daten aus der Personaldatei des MfS verzeichnet. Auch die Kaderkarteikarten enthalten eine entsprechende Information.

Die konkrete berufliche Tätigkeit des Vaters wurde vom MfS vor der Werbung eines neuen Mitarbeiters durch entsprechende Erkundigungen ermittelt. Außerdem wurde sie vom Mitarbeiter im Einstellungsfragebogen sowie in diversen Parteifragebögen der SED angegeben. Die Altersstruktur dieser Gruppe bringt es mit sich, daß aufgrund der Brüche in den Biographien der Väter der Promovenden, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit, mehrere Berufsangaben in den Akten zu finden sind.

Die Feststellung des väterlichen Berufes war Bestandteil der Überprüfung des verwandtschaftlichen Umfeldes eines Werbungskandidaten. Diese Überprüfung erfolgte im wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten: zum einen der weltanschaulich-politischen Haltung des Mitarbeiters und seines Umfeldes und zum anderen dem Risikopotential für eine feindliche geheimdienstliche Tätigkeit, so z. B. der Aufenthalt in einem Kriegsgefangenenlager der Westalliierten. Das MfS hatte prinzipiell ein außerordentliches Interesse daran, detaillierte und sachlich richtige Informationen zu ermitteln. Da es sich dabei nicht nur auf die Auskünfte des Werbungskandidaten verließ, sondern auch eigene Ermittlungen anstellte, kann das Fehlerpotential als gering eingeschätzt werden[41]. Beim Vergleich der festgestellten "Sozialen Herkunft" mit den Informationen zum Beruf ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich in der

---

[39] Die Kategorie "soziale Herkunft" wurde gewählt, weil sich in nahezu jeder Kaderakte bzw. Kaderkarteikarte eine entsprechende Angabe findet. Die "soziale Stellung", die auf der Grundlage der zivilen Tätigkeit vor Eintritt in die bewaffneten Organe festgestellt wurde, ist hingegen nur in wenigen Akten explizit festgehalten und deshalb für einen Vergleich ungeeignet.

[40] Vgl. Lesematerial - Die qualifizierte Einschätzung von Einstellungskandidaten für den politisch-operativen Dienst im MfS, VVS-JHS 87/77; BStU, ZA, SZ 531, S. 13; Lehrmaterial - Aufgaben der Mitarbeiter des MfS bei der Gewinnung neuer tschekistischer Kader, MfS JHS Nr. 1/85; BStU, ZA, ST 185a, S. 13.

[41] Im Vergleich zu anderen Quellengattungen der Biographieforschung wie z. B. Lebensläufen; vgl. Beelitz-Demiriz/Voigt: Sozialstruktur, S. 16-17.

Regel keine expliziten Angaben zur Frage des Beschäftigungsverhältnisses (selbständig, lohnabhängig usw.) finden, sondern nur zur ausgeübten Tätigkeit.

Zu den Zahlenangaben: Auf eine proletarische Herkunft konnten nach MfS-Einschätzung 309 (80,7 Prozent) der untersuchten 383 Promovenden blicken[42]. Die zweitgrößte Gruppe bildeten die Angestellten mit 53 Personen (13,8 Prozent); andere Schichten und Klassen waren nur in geringem Maße vertreten[43].

Zu den beruflichen Tätigkeiten der Väter ließen sich bei 74 der 400 Promovenden keine Angaben aus den Akten bzw. Karteikarten ermitteln[44]. In der Gruppe "Soziale Herkunft: Arbeiter" konnte bei 52 Personen kein Beruf ermittelt werden. Bei weiteren fünfzehn Promovenden war als konkreter Beruf "Arbeiter" angegeben. Von den verbleibenden 242 Personen gaben 204 mindestens eine Tätigkeit an, die relativ eindeutig als Arbeiterberuf einzuordnen ist, darunter aber auch viele handwerkliche Berufe (Schlosser, Zimmerleute, Dreher usw.). In weiteren 13 Fällen handelte es sich um Berufe wie Bäcker, Schneider oder Fleischer, die, sofern es sich dabei um eine Tätigkeit als Lohnempfänger handelte, ebenfalls als Arbeiterberuf gewertet werden konnten. Bei drei Personen (Reichsbahnangestellter, Archivar, Werkstattschreiber) ist die Zuordnung fraglich[45]. Bei 22 Promovenden ist aus den Angaben kein Zusammenhang mit der Einstufung als "Arbeiter" zu entnehmen, hier sind unter anderem Tätigkeiten wie "Handelskaufmann", "Lehrer", "Dolmetscher" und auch "MfS-Mitarbeiter" aufgeführt.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß in über 80 Prozent der betrachteten Fälle die Zuordnung zur Kategorie "Arbeiter" insoweit mit Recht erfolgte, als die Väter der Mitarbeiter einmal in einem Beruf tätig waren, der nach üblicher Definition als Arbeiterberuf gelten konnte. In gut zehn Prozent der Fälle gibt es keinen Beleg für eine reale Tätigkeit als Arbeiter, außerdem reichen bei einigen Promovenden die verfügbaren Informationen für eine Zuordnung nicht aus.

Nun zur zweitgrößten Gruppe, den "Angestellten". Wie dargelegt, zählten 53 Promovenden zu dieser Kategorie. Nähere Angaben zum Beruf des Vaters konnten bei 42 Personen ermittelt werden. Bei 30 Personen (71,4 Prozent) war die Zuordnung offenkundig zutreffend

---

[42] Bei sieben Promovenden waren keine Angaben zur sozialen Herkunft zu ermitteln, bei weiteren zehn finden sich differierende Angaben an verschiedenen Stellen der Akte (ältere Angabe vorangestellt): viermal Arbeiter/Angestellter, jeweils einmal: Arbeiter/Mittelstand, Arbeiter/werktätiger Bauer, Intelligenz/Arbeiter, Arbeiter/Behördenangestellter (konspiratives Synonym für MfS-Mitarbeiter).

[43] Zu nennen sind: die Intelligenz (2,3 Prozent), Bauern (1,8 Prozent) Gewerbetreibende (1,0 Prozent) und ein Beamtenkind.

[44] In einem weiteren Fall ist in der Akte verzeichnet, daß es sich um das uneheliche Kind eines Gutsbesitzers handelt. In drei weiteren Fällen wurden die Berufe der unehelichen Väter nicht ermittelt, Grundlage der Einstufung bildete hier offenkundig die Tätigkeit der Mutter.

[45] In Ermangelung einschlägiger Vorschriften des MfS werden hier die Definitionen der SED-Parteistatistik zugrundegelegt, vgl. die Richtlinien für die Einstufung der Mitglieder und Kandidaten in die Kategorien der sozialen Gliederungen, in der Fassung von 1960: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (künftig: SAPMO), Bundesarchiv (künftig: BA), Zentrales Parteiarchiv (künftig: ZPA), J IV 2/2/777, Bl. 60-67; von 1970: J IV 2/2/1265, Bl. 41-49; von 1988: J IV 2/2/2259, Bl. 62-70.

(Buchhalter, kaufmännische Angestellte u. ä.). In den restlichen Fällen gab es Abweichungen sowohl in Hinblick auf Arbeiter- bzw. Bauern-Berufe als auch auf typische Intelligenz-Berufe. So wurden vier Promovenden den Angestellten zugeordnet, obwohl ihre Väter Landwirt, Maurer, Elektromonteur bzw. Flachwirker gewesen sind. Entsprechend der üblichen Praxis hätten sie durchaus als "Bauer" bzw. "Arbeiter" firmieren können. In sechs Fällen wären die Berufe der "Intelligenz" zuzuordnen gewesen (je ein Ingenieur, Musiker, Wissenschaftler sowie drei Lehrer). Schließlich ist ein Vater zuerst Lederzuschneider und dann Lehrer, also Arbeiter bzw. Intelligenzler, aber keinesfalls Angestellter gewesen. Eine nähere Deutung dieser Abweichungen ist aufgrund der geringen Zahl der Fälle und fehlender weiterer Informationen kaum vorzunehmen. Für die Beurteilung der Zuordnungspraxis kann festgehalten werden, daß Differenzen zwischen tatsächlich ausgeübter Tätigkeit und Zuordnung der "sozialen Herkunft" nicht zwingend auf ein manipulatives Interesse im Sinne der bereits angesprochenen Zielprojektion zurückzuführen sein müssen, sondern möglicherweise auch aus Unsicherheiten in der Anwendung der vorgegebenen Definitionen resultieren.

Um den realen familiären Hintergrund der Promovenden etwas genauer auszuleuchten, soll nun der Blick auf die weiteren Berufswege der Väter gerichtet werden. Bei 126 Promovenden der Gruppe "Soziale Herkunft Arbeiter" sind weitere Tätigkeiten der Väter erwähnt, das ist gut die Hälfte derer, von denen überhaupt Angaben vorhanden sind. In der Regel handelt es sich um die Tätigkeit, die der Vater zum Zeitpunkt der MfS-Werbung des Sohnes (bzw. hier in nur zwei Fällen: der Tochter) ausübte[46]: Darunter befinden sich acht MfS-Mitarbeiter sowie drei "Behördenangestellte"[47], 16 Mitarbeiter anderer bewaffneter Organe (NVA, VP usw.), 14 Funktionäre von Parteien und Massenorganisationen, 11 leitende Mitarbeiter in der staatlichen Verwaltung bzw. Bürgermeister, 19 leitende Mitarbeiter in der volkseigenen Industrie, 9 Bauern und LPG-Vorsitzende, 5 Lehrer, 21 sonstige Angestellte und schließlich 20 Arbeiter. Bei aller Vorsicht, die aufgrund der schmalen Datenbasis geboten ist, zeichnet sich hier doch ein Trend ab: 68 (22 Prozent) der ehemaligen Arbeiter waren nachweislich im Sicherheitsapparat bzw. in leitenden Positionen von Verwaltung und Wirtschaft der DDR tätig.

Zusammenfassend läßt sich einschätzen, daß zumindest die immanente Validität der MfS-Sozialstatistik relativ groß ist. Anhaltspunkte für Manipulationen der erhobenen Daten durch falsche Zuordnung zu sozialen Kategorien haben sich in nur wenigen Fällen ergeben. Begrenzt wird die Aussagekraft der Daten durch die Definitionen. Die Mobilität der frühen DDR-Gesellschaft, die, wie die Analyse gezeigt hat, auch nachhaltige Wirkungen in den meist unterprivilegierten Elternhäusern der MfS-Promovenden entfaltete, spiegelt sich in den

---

[46] Der Umkehrschluß, daß diese Väter weiterhin in ihrem alten Beruf tätig gewesen sind, ist allerdings nicht möglich, da hierunter z. B. auch Gefallene des Zweiten Weltkriegs und Rentner fallen.

[47] Die hauptamtliche Arbeit für das MfS wurde bis 1970 nach außen, z. B. in Fragebögen beim Parteibuch-Umtausch der SED unter der Bezeichnung "Behördenangestellter" legendiert.

offiziellen Angaben zur sozialen Herkunft nicht wider. Hier ist es notwendig, andere statistische Angaben heranzuziehen, bzw. andere Untersuchungswege einzuschlagen.

4. Wege zum MfS

Im folgenden sind eine Reihe von Daten zusammengetragen, die genauere Informationen über die Lebenswege der JHS-Promovenden liefern. Die Aufschlüsselung nach dem Einstellungsjahr zeigt, daß es sich bei den Promovenden in der Regel um langgediente Mitarbeiter handelte. Mehr als die Hälfte wurden bereits in den fünfziger Jahren eingestellt.

Tabelle 7: Einstellung in das MfS[48]

Einstellungsjahr	1949/50-54	1955-59	1960-64	1965-69	1970-74	1975-79	ab 1980	gesamt
absolut	114	90	49	64	44	27	5	393
in Prozent	29,0	24,9	12,5	16,2	11,2	6,9	1,3	100

Betrachtet man die innere Zusammensetzung dieser Kohorten, so läßt sich deutlich ein doppelter Deproletarisierungsprozeß ablesen. Der prozentuale Anteil der nach MfS-Einschätzung mit dem Etikett "Soziale Herkunft: Arbeiter" versehenen neugeworbenen Mitarbeiter sank kontinuierlich von 91,2 Prozent (1949-54) auf 51,8 Prozent (1975-79). Legt man die (einzige bislang zur Verfügung stehende) Vergleichszahl für das gesamte MfS von 1962 zugrunde, so zeigt sich, daß der Arbeiteranteil unter den späteren Promovenden in jenem Jahr bereits leicht unterdurchschnittlich war (87,9 Prozent gegenüber 92,3 Prozent)[49].

Tabelle 8: Arbeiteranteil nach Einstellungsjahrfünft (in Prozent)[50]

	1949/50-54	1955-59	1960-64	1965-69	1970-74	1975-79
soziale Herkunft	91,2	85,6	79,6	76,6	65,9	51,8
erster Beruf	50,8	36,6	40,8	56,2	56,8	40,7
letzte Tätigkeit	13,1	7,8	12,2	25,0	25,0	11,1

Es wurden nicht nur immer weniger Arbeiterkinder eingestellt. Auch diejenigen, die aus proletarischen Elternhäusern stammten, entfernten sich, besonders in den fünfziger Jahren, zu immer größeren Teilen von ihrer ursprünglichen sozialen Position. Während, wie dargelegt, 80,7 Prozent der Promovenden der "sozialen Herkunft" nach aus der Arbeiterklasse stamm-

---

[48] Ohne Angabe: 7. Zum Zuschnitt der im folgenden verwendeten Kohorten: Entgegen der üblichen statistischen Praxis, nach der Jahrzehnte in Gruppen von 1 bis 5 und 6 bis 10 (bzw. 0) eingeteilt werden (z. B. 1971-75, 1976-80), werden hier die Kohorten um ein Jahr verschoben (z. B. 1970-74, 1975-79), da Gründungs- und Auflösungsdatum des MfS (1950 bzw. 1989) sonst zur Schaffung von verzerrenden Restgruppen führen würden (1949-50 bzw. 1986-89). Die Promovenden mit Einstellungsjahr 1949 werden den 1950ern zugeschlagen, da das MfS offiziell erst 1950 gegründet wurde und die fraglichen Einstellungsdaten alle im letzten Quartal 1949 lagen. Es handelt sich dabei um acht Promovenden. Bei den folgenden Interpretationen werden die Daten ab 1980 aufgrund der geringen Zahl der Fälle nicht berücksichtigt.

[49] Vgl. Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 10.

[50] Soziale Herkunft nach offizieller MfS-Einstufung; erster Beruf: Facharbeiterlehre oder Tätigkeit als un- bzw. angelernter Arbeiter; letzte Tätigkeit: vor Einstellung in das MfS.

ten, war der Anteil derer, die ihr Berufsleben mit einer Tätigkeit oder Lehre als Arbeiter begannen, mit 47,1 Prozent schon deutlich geringer. Direkt vor der Einstellung in das MfS waren sogar nur noch 14,8 Prozent in einem Arbeiterberuf tätig. In der diachronen Betrachtung zeigt sich, daß sich beide Trends langfristig gegenseitig verstärkten, so daß schließlich von 91,2 Prozent Arbeiterkindern (1949/50-54) nur noch 11,1 Prozent Arbeiteranteil unter den Eingestellten (1975-79) übrig blieb. Allerdings ist die Entwicklung beim ersten Beruf und auch bei der letzten Tätigkeit vor der Einstellung keineswegs linear. In der zweiten Hälfte der sechziger und der ersten Hälfte der siebziger Jahre sind die jeweils relativ höchsten Arbeiteranteile zu erkennen.

Der geringe Anteil der zuletzt als Arbeiter Tätigen unter den MfS-Promovenden wirft die Frage auf, welche anderen Wege die Promovenden vor der MfS-Werbung eingeschlagen hatten. Zu denen, die keinen Beruf vor der Einstellung erlernt hatten, gehörten neben den 3,3 Prozent ungelernten Arbeitern, die bereits in Tabelle 8 erfaßt sind, 16,3 Prozent Schüler und Studenten - ohne Abschluß -, die von der Schulbank bzw. aus dem Hörsaal in den Dienst eintraten. Außerdem waren 4,1 Prozent ohne zivile Berufsausbildung in andere bewaffnete Organe (VP, KVP, NVA) aufgenommen worden. Einen Hochschulabschluß konnten 70 Personen (17,8 Prozent) vorweisen. Unter ihnen stellten die Lehrer mit 19 Personen die größte Gruppe, gefolgt von Juristen (17) und Diplomwirtschaftlern (14). Des weiteren hatten 15 Promovenden (3,8 Prozent) eine Ausbildung als Verwaltungsangestellte und 29 (7,4 Prozent) eine kaufmännische Lehre absolviert.

Tabelle 9: Erster erlernter bzw. ausgeübter Beruf[51]

Beruf/Tätigkeit	absolut	in Prozent
Facharbeiter	172	43,9
keiner/sonstige	13	3,3
keiner/Schüler	62	15,8
keiner/Student	2	0,5
keiner/Bewaffnete Organe	16	4,1
Verwaltungsangestellter	15	3,8
Kaufmännische Berufe	29	7,4
Diplomwirtschaftler	14	3,6
Lehrer	19	4,8
Juristen	17	4,3
Journalist	2	0,5
Arzt	9	2,3
Ingenieur	2	0,5
Naturwissenschaftler	3	0,8
Philosoph	3	0,8
Pädagoge	1	0,3
sonstige	13	3,3

Betrachtet man die letzte Tätigkeit vor der Einstellung, so sind neben den zitierten 14,8 Prozent Arbeiter die Schüler (16,0) und Studenten (15,5) zu nennen, die vor oder direkt nach dem Abschluß ihrer Ausbildung in das MfS eintraten[52]. Unter den Studenten ist das Fächerspektrum mit 14 verschiedenen Studienrichtungen relativ breit, das Schwergewicht liegt auf den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen (37 der 47 Hochschulabsolventen), während nur 2 Naturwissenschaftler, 4 Ingenieure sowie 2 Mediziner und 2 Psychologen vertreten waren. An der Spitze der einzelnen Studiengänge standen wiederum die Lehrer (15), gefolgt von den Juristen (9) und den Ökonomen (6)[53]. Ein weiteres wichtiges Rekrutierungsfeld waren die anderen bewaffneten Organe bzw. die Zollorgane der DDR. Aus diesem Bereich kamen weitere 15,5 Prozent der Promovenden.

---

51 Ohne Angabe: 8.

52 Darunter waren 14 Studenten, die ihr Studium nicht bzw. noch nicht abgeschlossen hatten.

53 Des weiteren sind zu nennen: zwei Philosophen, zwei Pädagogen, ein Historiker, ein Ingenieurökonom, ein Staatswissenschaftler und ein Journalist.

Tabelle 10: Letzte Tätigkeit vor Einstellung in das MfS[54]

	absolut	in Prozent
Arbeiter	58	14,8
Schüler	63	16,1
Student	61	15,6
Bewaffnete Organe	61	15,6
mittlere und höhere Positionen in der Wirtschaft	35	8,9
mittlere und höhere Positionen im Staatsapparat	19	4,9
hauptamtlich FDJ	31	7,9
hauptamtlich andere politische Organisationen	8	2,0
Wissenschaftler	22	5,6
Lehrer/Schulleiter	13	3,3
Arzt	7	1,8
Richter/Staatsanwalt	6	1,5
sonstige	8	2,0

Akademisch gebildete Kader hatten ihren größten Anteil an den Einstellungen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre; hier waren 43,7 Prozent Studenten, Wissenschaftler, Lehrer, Ärzte oder Juristen. In der zweiten Etappe des Ausbaus der Ausbildungseinrichtungen des MfS wurde offensichtlich gezielt Personal mit entsprechender Vorbildung eingestellt.

Tabelle 11: Bildungsabschlüsse nach Einstellungsjahrfünft (absolut)[55]

	1949/50-54	1955-59	1961-64	1965-69	1970-74	1975-79	ab 1980	gesamt
Volksschule 8. Klasse	71	21	12	9	4	0	0	117
Mittelschule 10. Klasse	17	12	11	11	4	1	1	57
Abitur	26	56	26	44	36	26	4	218
davon ABF	5	12	4	9	1	1	0	32

Entsprechende Tendenzen zeigen sich bei der Betrachtung der (Allgemein-)Bildungsabschlüsse der Promovenden. 29,8 Prozent der JHS-Doktoren haben die Schule nach der achten Klasse verlassen, weitere 14,5 Prozent nach der zehnten Klasse. Das reguläre Abitur haben 47,4 Prozent absolviert, weitere 8,2 Prozent hatten die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten zum Erwerb der Hochschulreife besucht. In der diachronen Entwicklung zeigt sich schon in den fünfziger Jahren eine Umkehrung der Anteile. Im ersten Jahrfünft (1949/50-54) waren noch fast zwei Drittel Volksschüler (62,3 Prozent) unter den späteren Promovenden, der Abiturientenanteil (incl. ABF) lag bei 22,8 Prozent. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre standen 23,6 Prozent Volksschüler schon 62,9 Prozent Abiturienten gegenüber. Der hohe Schüler- und Studentenanteil und die Zusammensetzung der Bildungsabschlüsse machen deutlich, daß das MfS in diesem Zeitraum erfolgreich begann, Kader "auf Perspektive" aus der "neuen Intelligenz" zu werben. Der Trend setzte sich auch in den sechziger und siebziger Jahren fort.

---

[54] Ohne Angabe: 8.
[55] Ohne Angabe: 8.

Unter den 27 JHS-Doktoren, die 1975 bis 1979 eingestellt wurden, waren schließlich 25 (92,6 Prozent) Oberschüler und ein ABF-Absolvent vertreten.

Nimmt man die Altersverteilung hinzu, so rundet sich das Bild ab:

Tabelle 12: Einstellungsalter[56]

Alter	Anzahl (absolut)
bis 20 Jahre	135
21 bis 25 Jahre	153
26 bis 30 Jahre	64
über 30 Jahre	39

Deutlich zeigt sich der hohe Anteil an jungen Leuten unter den Werbungskandidaten, mehr als zwei Drittel waren bis zu 25 Jahren alt. Die Veränderungen in der Qualifikationsstruktur schlagen sich auch in einem steigenden Durchschnittsalter nieder:

Tabelle 13: Durchschnittliches Einstellungsalter nach Einstellungsjahrfünft

Jahr	1949/50-54	1955-59	1960-64	1965-69	1970-74	1975-79	ab 1980	gesamt
Alter	21.56	21,43	24,41	25,89	25.36	25,37	27,8	23,33

Diese Angaben korrespondieren auch mit der Geburtsjahrgangsstruktur der Promovenden. Am stärksten vertreten waren die Jahrgänge 1929 (28 Promovenden), 1932 (27) und 1930 (26), der älteste vertretene Jahrgang war 1920, der jüngste 1958.

Nimmt man die Daten zusammen, so lassen sich die Konturen eines Aufstiegsmodells mit sehr vielen unterschiedlichen Wegen zu den akademischen Weihen der MfS-Hochschule erkennen. Während eine große Anzahl der in den fünfziger Jahren eingestellten MfS-Offiziere im wesentlichen aus einem proletarisch geprägten Elternhaus kamen, konnten die jüngeren Promovenden bereits aus günstigeren Startpositionen ihren beruflichen Weg beginnen. Typische Stationen der ersten Jahrgänge waren Facharbeiterlehre, Verwaltungstätigkeit in Staat und Wirtschaft, der Dienst in der Volkspolizei oder Kasernierten Volkspolizei oder die hauptamtliche Arbeit als FDJ-Sekretär. Später wurden zunehmend höhere Qualifizierungsstufen außerhalb des MfS erklommen. Das MfS konnte auf die wachsende Zahl der Abiturienten und Absolventen ziviler DDR-Hochschulen zurückgreifen.

Bei allen unterschiedlichen Karrierewegen, die in das MfS (und dort in hohe Positionen) führten, gab es, dies ist kaum eine Überraschung, eine Gemeinsamkeit, die bei der Betrachtung unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten nicht vernachlässigt werden darf. Die Arbeit im MfS wurde als politische Arbeit verstanden. Allen MfS-Offizieren, die an der Juristischen Hochschule promovierten, war die Mitgliedschaft in der SED gemeinsam. Die Parteibindung

---

[56] Ohne Angabe: 9.

dieser Offiziere war eng, das führt schon das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt des Parteieintritts von unter zwanzig Jahren vor Augen:

Tabelle 14: SED-Eintritt vor bzw. nach MfS-Einstellung[57]

Parteieintritt	Anzahl absolut
mehr als 2 Jahre nach MfS-Einstellung	5
0 bis 2 Jahre nach MfS-Einstellung	99
1 bis 2 Jahre vor MfS-Einstellung	82
3 bis 5 Jahre vor MfS-Einstellung	100
6 bis 10 Jahre vor MfS-Einstellung	68
mehr als 10 Jahre vor MfS-Einstellung	35

Nur 9 der 393 Promovenden waren bei ihrem SED-Beitritt älter als 25 Jahre, 217 waren unter zwanzig Jahre (55,2 Prozent), davon 52 sogar unter 18 Jahre (13,2 Prozent). Nur 5 Promovenden ließen mehr als zwei Jahre verstreichen, bis sie nach ihrer Einstellung der SED beitraten, weitere 99 haben im ersten oder zweiten Jahr ihres MfS-Dienstes den Aufnahmeantrag gestellt[58]. Alle anderen Promovenden waren bereits vor dem Dienstantritt im MfS Kandidat oder Mitglied der SED; über die Hälfte der Promovenden (203 Personen) war schon mehr als zwei Jahre vor ihrer Einstellung in das MfS SED-Mitglied.

Tabelle 15: SED-Eintrittsjahr[59]

Jahr	absolut
1945/46[60]	23
1946-49	62
1950-54	86
1955-59	74
1960-64	56
1965-69	48
1970-74	24
1975-79	17

Die Verteilung der SED-Eintrittsdaten zeigt, daß der Schwerpunkt der Eintritte in den späten vierziger und fünfziger Jahren lag. 245 Promovenden, also weit mehr als die Hälfte, traten bis 1959 in die SED ein; allerdings war keiner bereits vor 1945 Mitglied einer Arbeiterpartei geworden. Die KPD-Kader in der Gründergeneration des MfS, immerhin über tausend Mitarbeiter[61], waren Ende der sechziger Jahre, als an der Juristischen Hochschule mit der Verleihung

57 Ohne Angaben: 11.

58 In den Kaderakten ist nicht immer verzeichnet, ob es sich um das Aufnahmedatum als Kandidat oder als Mitglied handelt; zumeist wurde offensichtlich die Bestätigung als Mitglied zugrunde gelegt. Es wird daher ein Streuungszeitraum von zwei Jahren, der maximalen regulären Kandidatenzeit berücksichtigt.

59 Ohne Angabe: 10. Angaben für 1945/46: KPD bzw. SPD bis zur Vereinigung; 1946-49: SED ab Vereinigung.

60 Davon: KPD 17, SPD 4, ohne nähere Angabe: 2.

61 Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962, S. 21.

der Doktortitel begonnen wurde, bereits weitgehend ausgeschieden, und von den wenigen, die noch im aktiven Dienst standen, hat niemand promoviert.

5. Schlußbemerkung

Sicher stellen die hier aufgezeigten statistischen Daten nur einen sehr speziellen Ausschnitt aus dem Quellenfundus dar, der für eine umfassende Beurteilung der Promotionstätigkeit des MfS heranzuziehen wäre. Die intensive Analyse anderer Überlieferungen können und sollen sie nicht ersetzen. Und doch zeigen sie einige Entwicklungstendenzen in dem Prozeß auf, der eingangs als "Akademisierung" des MfS beschrieben wurde. Auch wenn das Spektrum breit ist, so lassen sich doch Umrisse des "typischen" Promovenden skizzieren.

Die Mehrheit der Promovenden stammte aus einem Elternhaus, das mit gewissem Recht als "proletarisch" bezeichnet werden konnte. Diese traten schon in jugendlichem Alter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei. Der Stand der Schulbildung befand sich anfangs auf niedrigem Niveau, steigerte sich schnell, so daß schließlich mehr als die Hälfte über die Hochschulreife verfügte. Obwohl immer ein nennenswerter Anteil der späteren Promovenden aus einem Arbeiterberuf heraus für das MfS geworben wurde, verbreiterte und verschob sich das berufliche Spektrum doch erheblich. Neben den Funktionsträgern aus Staat, Wirtschaft und Massenorganisationen, vor allem der FDJ (sowie einigen wenigen Mitarbeitern des SED-Apparates), vergrößerte sich der Anteil der Hochschulkader unter den späteren Promovenden. Auch die interne Qualifizierung der zum Teil in sehr jungem Alter und direkt von der Schulbank angeworbenen MfS-Mitarbeiter wurde vorangetrieben.

Die Promovenden nahmen im MfS überwiegend leitende Funktionen ein; allerdings war die Promotion - sieht man von den Mitarbeitern der Juristischen Hochschule ab - keine konstitutive Voraussetzung für bestimmte Positionen. Eine besondere positive Wirkung auf die Karrierewege der Promovierten konnte nicht festgestellt werden. Es entsteht der Eindruck, daß der Erwerb des Doktortitels, je höher der Promovend in den Rängen des MfS stand, mehr "dekorativen" Charakter gehabt hat.

Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der Forschungsarbeit, die an der JHS geleistet wurde, das Niveau der analytischen Durchdringung und praktischen Perfektionierung aller Aspekte der geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen Tätigkeit des MfS im Laufe der Zeit außerordentlich gesteigert wurde. "Tschekistik" war, das zeigen die Inhalte der Dissertationen und die Ausbildungswege der Promovenden, eine Disziplin, die mit akademischer Jurisprudenz nur begrenzt zu tun hatte. Der Begriff "Rechtswissenschaften" im Doktortitel diente einerseits der konspirativen Verschleierung der wahren Aufgaben, zum anderen der Aufrechterhaltung der Fiktion bzw. Autosuggestion einer "sozialistischen Rechtsstaatlichkeit" in der Arbeit des MfS.

Neben den Juristen und Kriminalisten hatten marxistisch-leninistische Legitimationswissenschaftler sowie Ökonomen und Techniker ihren Platz unter dem Dach der Juristischen Hochschule. In ihren Arbeiten entwickelten die Promovenden neue Methoden zur Identifizierung anonymer Briefeschreiber, überlegten, wie man mit westlichen Firmen besser Embargo-Handel treiben könne oder durchforsteten die Werke von Marx und Engels nach einer Begründung für die "proletarische Konspiration"[62]. Sie leisteten damit ihren Beitrag dazu, die brutalen und primitiven Methoden der frühen Jahre durch "feinere", weniger sichtbare und effektivere Mittel zu ersetzen. In diesem Sinne war die Promotionstätigkeit der JHS Ausdruck einer "Modernisierung der Methoden diktatorischer Herrschaft, Propaganda und Kontrolle"[63].

Ob der Minister Erich Mielke über das Streben seiner Offiziere nach akademischen Weihen immer so erfreut war, wie die eingangs zitierten Ansprachen zum Ausdruck bringen, mag dahingestellt sein. Als die Zahl der Leiter mit Doktortitel zunahm, so wird kolportiert, maulte er in einer Dienstkonferenz, er komme sich langsam vor "wie im Krankenhaus". Anfang der achtziger Jahre ließ er durch den Leiter der Hauptabteilung Kader und Schulung, Generalmajor Walter Otto, das Führen akademischer Titel und Grade "im dienstlichen Verkehr, insbesondere in dienstlichen Bestimmungen und Weisungen und im Schriftverkehr innerhalb des MfS"[64] untersagen. Nur in der Öffentlichkeit sollten sie sich noch mit dem Titel schmücken dürfen - was sie bis heute tun.

---

[62] So die beispielhaft herausgegriffenen Arbeiten Nr. 9, 14, 134; vgl. Förster: Dissertationen.

[63] Jürgen Kocka: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40/94, S. 34-45, hier S. 43.

[64] Schreiben des Leiters der HA KuSch an die Leiter der Diensteinheiten vom 24.8.1981, BStU, ZA, DSt 102780.

Tabellenverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

ABF	Arbeiter-und-Bauern-Fakultät
Abt.	Abteilung
BA	Bundesarchiv
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
DA	Dienstanweisung
DSt	Dokumentenstelle
HA	Hauptabteilung
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung
JHS	Juristische Hochschule
KD	Kreisdienststelle
KuSch	Kader und Schulung
KVP	Kasernierte Volkspolizei
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NVA	Nationale Volksarmee
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
VP	Volkspolizei
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZPA	Zentrales Parteiarchiv